

Argudiss lädt ein zu Vortrag & Diskussion:

„Reformen“ – Die Regierung macht ihr Arbeitsvolk flott

Die Bundesregierung verordnet „Reformen“: Die Bürger sollen länger arbeiten, weniger von ihrer Arbeit haben und sich noch viel weniger als bisher auf staatlich organisierte Hilfe verlassen können, wenn sie dabei in Not geraten. Es geht um ein umfassendes Verarmungsprogramm fürs arbeitende Volk. Daran hat Deutschlands Öffentlichkeit ein paar scharfe Fragen. Sie lauten:

- „Wie verkauft der Kanzler seine Reformen?“
- „Kann die Regierung liefern?“
- „Wo bleibt der Ruck?“
- „Gelingt der Regierung doch noch der große Wurf?“

Die werden im Vortrag garantiert nicht gestellt oder beantwortet. Es ist uns egal, ob die Koalition ein einiges Bild abgibt, ob die Maßnahmen dem Kanzler gut zu Gesicht stehen und ob er der Rolle des durchsetzungsstarken Führers gerecht wird, den unsere Öffentlichkeit an der Staatsspitze offensichtlich so gerne sehen würde.

Uns stellen sich ein paar andere Fragen. Die sind im Verhältnis zu den öffentlichen Aufregern abseitig, weil sie sich ausnahmsweise *der Sache* widmen, die mit dem Schlagwort „Reformen“ verkündet und mit dem Zusatz „unausweichlich“ komplett abgehakt wird. Sie lauten:

- Für welches Programm der Nation sind die Sozialkürzungen „unausweichlich“ und „notwendig“?
- Was sagen Regierung und Kanzler ihrem Volk damit auf den Kopf zu, wofür es lebt und arbeitet?
- Woran hat sich das Volk also zu bewähren, ebenso wie all die nun kritisch beurteilten Sozialstaatseinrichtungen, die die Politik irgendwann einmal notwendig und nützlich gefunden hat?

Wann: Dienstag, 27. Oktober 2026, 19:00 Uhr

Referent: Ein Redakteur des GEGENSTANDPUNKT-Verlags

Wo: Bürgerhaus Weserterrassen,
Osterdeich 70b

Kontakt: www.argudiss.de

Die Linke nach dem Potsdamer Parteitag

Klassenpartei – Regierungsalternative – Kümmerer Was denn nun?

Vor einem Jahr hat die Partei Die Linke beschlossen, was sie ist:

„Auf dem Parteitag in Chemnitz haben wir den Beschluss gefasst, organisierende Klassenpartei zu sein, die die vielfältige Mehrheit der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt. Unser Anspruch ist es, die Interessen unserer Klasse zu vertreten.“

Zugleich hat sie sich entschlossen „Hoffnung zu organisieren“ – für die, die am Staat verzweifeln und an eine Verbesserung ihrer Lage durch die Politik nicht mehr glauben. Dass beides nicht ganz dasselbe ist, tatsächlich

überhaupt nicht zusammenpasst, stört sie offenbar nicht.

Einerseits zeichnet Die Linke das Bild einer furchtbaren Gesellschaft, die dem Teil der Bevölkerung, den sie organisieren will, in jeder Hinsicht zum Schaden gereicht

„Vor einem Jahr haben wir entschieden, die Hoffnung zu organisieren. In einer Zeit von Militarisierung, Aufrüstung, Klimakatastrophe, Sozialabbau, Angriffen auf den Rechtsstaat, Rechtsruck und zunehmenden menschenfeindlichen Angriffen auf unsere Freund*innen und Nachbar*innen ist dieses Vorhaben drängender denn je... Steigende Preise beim Einkauf, Wohnungsnot, zunehmende Sorge um den Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer Kinder, immer weitere Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme. Die hart erkämpften sozialen und demokratischen Rechte werden angegriffen und ausgehebelt. Die Ge-

Fortsetzung von Seite 1

sellschaft wird immer ärmer, während Konzerne und Milliardäre reicher werden. Der Markt allein kann keine gerechten Lösungen hervorbringen. Arbeit sichert für immer mehr Menschen schon lange kein verlässliches Auskommen mehr, während Vermögenseinkommen durch die Decke gehen. Der Staat will sich in diesem Prozess außerordentlicher sozialer Polarisierungen nicht gegen die Wirtschaftslobby durchsetzen und vertritt deren Interessen. Das zeigt sich auch in der Klimapolitik: Eine Politik, die planetare Grenzen ignoriert, gefährdet die Lebensgrundlagen der Mehrheit und verschärft soziale Ungleichheit. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden... Den Angriffen von Merz-Regierung und Superreichen setzen wir organisierte Solidarität entgegen und bauen eine breite antifaschistische Bewegung auf, die den Kampf für soziale Reformen mit dem Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus verbindet. Ihre Militarisierung und Aufrüstung, ihren Krieg bekämpfen wir im Namen einer friedensfähigen Gesellschaft. Ihrer Politik setzen wir unsere Alternative entgegen: den demokratischen und ökologischen Sozialismus... Faschisierung, zunehmende staatliche Repression, die Klimakatastrophe und massiver Sozialabbau sind die Folgen der Militarisierung der gesamten Gesellschaft und aller Politikfelder.“

Natürlich ist diese Aufzählung nicht gleich die Erklärung der Schäden und Zumutungen, mit denen die „arbeitende Mehrheit“ zu tun kriegt. Aber so viel ist dem einleitenden Absatz des Potsdamer Leitantrags schon zu entnehmen: Armut, Bedrohungen der Existenz, Nöte des Alltags und sogar die Betroffenheit von der Klimakatastrophe sind erstens umfassend, also kein Zufall, und treffen zweitens nur oder vor allem bestimmte sozial definierte Charaktere, denen andere als Nutznießer der üblen Verhältnisse gegenüberstehen. Diese Konfrontation wird drittens geschützt und gestaltet von der politischen Macht, der Merz-Regierung, die genau das für ihre Aufgabe hält. Wenn die Partei im Fortgang ihres Leitantrags von „Arbeiterklasse“ und von „Klassengesellschaft“ spricht, dann benennt sie – wie immer bewiesen oder nicht – als Ursache für solche Resultate eine fundamentale Spaltung der Gesellschaft: Eine soziale Klasse hat mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln die Macht, die andere ihr gegenüberstehende Klasse für ihre Bereicherung in Dienst zu nehmen; auch das Stichwort „Ausbeutung“ fällt. Die Partei sagt der Minderheit der Reichen und Superreichen nach, dass sie „von der Arbeit der Menschen in diesem Land leben“.

Auch für die oben angesprochene Bereitschaft des Staates zum Krieg und die massive Kriegsertüchtigung, die die Regierung dem Land verordnet, will Die Linke

eine – in diesem Fall ganz verkehrt gefasste – Systemnotwendigkeit kennen:

„Wir analysieren die aktuelle geopolitische Lage als Ausdruck der Klassenverhältnisse. Die Reichen und Mächtigen – in Europa und anderswo – zerstören die Lebensgrundlagen von uns allen, mit dem Ziel der individuellen Profitmaximierung und der Absicherung ihrer Klassenlage.“

Und auch für den Rassismus, der ihr bei mächtigen Entscheidern, bei Arbeitgebern und Behörden, ins Auge fällt:

„Auch der Rassismus auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, sowie im Gesundheits- und Bildungssystem treibt Betroffene in soziale Unsicherheit. Das ist kein Versagen des Systems, es ist Teil seiner Funktionsweise... Rassismus in Institutionen wirkt nicht durch Ausnahmen, sondern durch Routinen, Organisationskulturen und strukturelle Machtverhältnisse.“

Ernst genommen schließt die Diagnose „Klassengesellschaft“ und das Verständnis ihrer Übel als systemnotwendige Konsequenzen des Klassengegensatzes jede Parteinahme für diese Gesellschaft aus. Sie ist eben nicht das Gemeinwesen der Angehörigen der ausgebeuteten Klasse. Die brauchen, und sie verdient ihre Abschaffung. Wer das verstanden hat, übernimmt für diese Gesellschaft und ihr Gelingen keine Verantwortung; und er weiß, dass er Feinde hat, mit denen er fertigwerden muss. Die Linke aber beklagt, dass sie als Feind behandelt wird und von den etablierten Demokraten zu ihrem Machtkartell immer noch nicht voll zugelassen ist.

Andererseits erklärt Die Linke diese furchtbare Gesellschaft zu der „unseren“, deren Spaltung sie durch Solidarität überwinden und die sie im Namen aller Ideale der Klassengesellschaft besser regieren will als „die Herrschenden“

„Viele Menschen spüren tagtäglich an der Supermarktkasse und auf ihrem Weg zur Arbeit, dass ihr Leben teurer und beschwerlicher wird. Das Gefühl, dass sich eine tiefere Krise unserer Gesellschaft Bahn bricht, macht sich breit.“

An dieser Stelle des Leitantrags sorgen sich die Autoren um eine Wirtschaft bzw. Gesellschaft, die nicht funktioniert, wie sie soll, und die dadurch das Leben „der Menschen“ sauer macht. Schuld an der Krise, in der nichts mehr wunschgemäß funktioniert, ist das langjährige Regieren der neoliberalen Parteien mit ihren falschen Prioritäten und falschen Protegés. Ist das jetzt die Kritik der Klassengesellschaft, oder sind die zu ihr gehörenden

Fortsetzung von Seite 2

Übel doch nur eine Frage des guten Regierens? Die eben als Ausbeutung titulierte Lohnarbeit für das Kapital ist nun Erwerbsarbeit, die einen Arbeitgeber braucht und leider manchmal nicht findet.

„Arbeitsplätze sind bedroht und Menschen finden sich in sozialen Notlagen wieder, die ein durch Jahrzehnte neoliberaler Sparpolitik ausgehöhlter Sozialstaat nicht mehr auffangen kann.“

Im Interesse der Arbeitsplätze sorgt sich Die Linke – auf ihre Weise konsequent – um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und fordert Innovation und Transformation hin zu neuen Technologien, die sie an anderer Stelle als Rationalisierung mit dem Zweck des Einsparens und Drückens der Löhne geißelt.

„Starke Kräfte aus der politischen Mitte bis ins rechte Spektrum und ihre Freunde aus der Fossil-Lobby haben die notwendige Transformation systematisch ausgebremst, um bestehende Geschäftsmodelle zu sichern... In vielen technologischen Bereichen droht die EU den Konkurrenzkampf mit den USA und China zu verlieren. Die Reaktion darauf ist eine noch stärkere Hinwendung zu aktuellen marktwirtschaftlichen Reparaturen ohne jede langfristige Perspektive. Die Investitionen in Klima- und Umweltschutz werden reduziert und umgelenkt, die Bildung vernachlässigt.“

In ihrer Konkurrenz ums Gut- und Bessermachen der Wirtschaftspolitik leistet sich die Partei Späße, die eine Schande sind: Um auch bei der Aufrüstung, die sie als Kriegsvorbereitung verurteilt, eine schlechte Performanz der Regierenden dingfest zu machen, misst sie die Milliarden, die in die Rüstungsindustrie fließen, allen Ernstes am Segen der damit geschaffenen Arbeitsplätze und kommt zu dem kritischen Ergebnis, dass von der Vorbereitung auf Krieg für die Schaffung von Gelegenheiten zu Lohnarbeit wenig zu erhoffen ist.

„Zwecks Kriegstüchtigkeit in die Rüstungsindustrie zu investieren ist nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch fatal. Die geschaffenen Arbeitsplätze können niemals den Verlust an Industriearbeitsplätzen, den wir gerade erleben, ausgleichen. Der Umbau hin zu einer Rüstungswirtschaft ist ein Irrweg... Rüstungsausgaben haben kaum oder sogar keine Multiplikatorenwirkung. Sie schaffen verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze zu verhältnismäßig hohen Kosten. Wir brauchen stattdessen massive Investitionen in den Umbau der Industrie, Bildung, Infrastruktur und Zukunftstechnologien und einen Plan für die strukturelle Konversion der Wirtschaft weg von der Rüstungsindustrie.“

„Wir brauchen“, „Wir machen“ – damit unser großes Wir, das Land als Ganzes, nächstens wieder besser dasteht und sich in der Welt behaupten kann. In diesem Sinn hat Die Linke zu jedem Scheiß der Agenda des kapitalistischen Staates eine bessere Alternative zu bieten, die stets einen legitimen Bedarf anerkennt und affirmiert, dem die schlechten Lösungen der Regierenden nicht gerecht werden. Wenn es der Regierung bei ihrer Vorbereitung auf einen Krieg auf Weltkriegsniveau um Verteidigung geht, wie sie sagt, hat Die Linke auch dafür einen Verbesserungsvorschlag parat.

„Über die letzten Jahrzehnte wurden die Sozialsysteme der einzelnen Länder (der EU) systematisch angegriffen und durch Austeritätspolitik geschwächt. Doch wenn sie wieder aufgebaut werden, können sie Europas größte Stärke werden. Sie ermöglichen ein höheres Maß an gesellschaftlichem Vertrauen, demokratischer Teilhabe und sozialem Zusammenhalt, das Europa robuster gegen Einflussversuche und hybride Kriegsführung von außen macht. Letztlich ermöglicht diese Resilienz auch eine wirksame zivile und soziale Verteidigung gegen militärische Gegner.“

Der soziale Zusammenhalt in der Klassengesellschaft als Waffe gegen äußere Feinde! In die sollten die Berliner Kriegspolitiker mal mehr investieren!

Den eingangs als Mitglieder der ausgebeuteten Klasse angesprochenen „Menschen“ wird so nahegebracht, dass sie sich in dieser Gesellschaft eigentlich ganz gut aufgehoben wissen könnten – jedenfalls so gut, dass sie für die Souveränität ihres Staates einen zivilen Krieg ersatz auf sich nehmen und durchstehen würden – wenn, ja wenn sie nicht so unsozial und von den Falschen regiert würden. Die Linke verspricht, alle Felder der Gerechtigkeit zu beackern, sozialen Ausgleich, Klimagerechtigkeit, Steuergerechtigkeit zu mobilisieren, damit in der „zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft“ die Solidarität wieder an Boden gewinnt. Und sie merkt gar nicht, was für zynische Sprüche sie dafür ablässt:

„Wer von Arbeit profitiert, muss Verantwortung übernehmen. Deswegen sollten Arbeitgeber ab sofort einen höheren Anteil für die Kosten der Rente übernehmen... Superreiche müssen endlich am Sozialstaat beteiligt werden durch eine Vermögenssteuer und eine gerechte Reform der Erbschaftssteuer.“

Die Partei versichert ihren Adressaten, dass sie mit der Forderung nach gerechter Beteiligung derer, die durch ihre Arbeit reich werden, an der Finanzierung ihrer Armut nichts Unrechtes oder dem System Fremdes verlangen; dass sie sich also keineswegs gegen das System wenden müssen, um die soziale Sicherheit zu erlangen, die ihnen zusteht. Sie haben ein Recht darauf; denn der

Fortsetzung von Seite 3

Staat hat es versprochen und sich ins Grundgesetz geschrieben. Nicht Die Linke weicht ab und verstößt gegen Erfordernisse und Prinzipien dieser politischen Ordnung, es sind die Mächtigen, die sich nicht ans Recht, also nicht an ihre Pflicht halten.

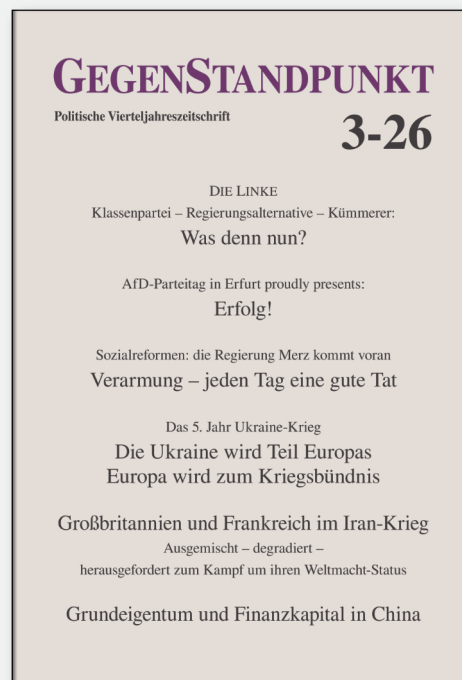
„Der Sozialstaat ist leistbar und er ist eine Absicherung für alle Menschen, die sich jeden Tag für diese Gesellschaft krumm machen, sei es bei der Lohnarbeit oder bei der unbezahlten Sorgearbeit. Die Menschen können erwarten, in der Not von ihm getragen zu werden. Der Sozialstaat im Grundgesetz ist ein Auftrag, die politische Demokratie auch in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur hinein auszuweiten. Dieses Recht haben alle Menschen in Deutschland, und wir werden es im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verteidigen und für dessen Verwirklichung kämpfen. Das Recht auf den Sozialstaat gilt universell.“

Zusätzlich zum Recht auf den Sozialstaat versichert Die Linke, dass er auch materiell, mit den Finanzlasten, die er für Wirtschaft und Staatshaushalt darstellt, ins System passt und die Finanzen nicht überfordert. Dabei schämt sie sich nicht, zur Rechtfertigung ihrer Lieblingsinstitution die auch bei anderen Politikern beliebte Phrase von den „Menschen, die sich für diese Gesellschaft krumm machen“, in den Mund zu nehmen. Opfer, harte Arbeit, die sich für die, die sie verrichten, nicht lohnt, sondern eben Dienst ist und mit Not einhergeht, das wird hier angeführt nicht als Skandal dieser Gesellschaft der Ausbeutung, sondern als Ehrentitel derer, die sich dafür hernehmen lassen – und die sich damit die Achtung und ein wenig Berücksichtigung seitens der anderen verdienen, die den Nutzen davon haben.

Nach dieser Seite ihrer doppelten Identität hin ist Die Linke furchtbar normal. Auch jede andere Partei in der parlamentarischen Opposition beruft sich auf die anständigen Opfer der Verhältnisse und wirbt für sich mit dem Argument, dass die Regierenden „es“ nicht können oder das allgemeine Wohl nicht wirklich zu ihrer Sache machen. Alle Oppositionsparteien geben der vorgefundenen oder von ihnen angestachelten Unzufriedenheit der Bürger Recht, um sie auf ihre Mühlen zu lenken. Ärgernisse aller Art haben demnach ihren Grund darin, dass die Bürger schlecht regiert werden. Sie sollen die Opposition wählen, die es ihnen besser zu richten verspricht.

Besonders an der politischen Wahlsituation des Jahres 2026 ist nur, dass ein wachsender Teil der Wähler sich vom demokratischen Wechsel nichts mehr verspricht, dass sie, wie sie sagen, fertig sind mit diesem Staat, dass ihre Enttäuschung über das Regieren der

Argudiss empfiehlt:



Erhältlich u.a. bei:

- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen i. d. Neustadt, Lahnstraße 65b
- Universitätsbuchhandlung, Uni
- P & B Hauptbahnhof Bremen, Bahnhofplatz 15
- www.gegenstandpunkt.com

einen also nicht mehr automatisch zum Setzen auf eine andere etablierte Partei führt. Darin sieht Die Linke eine Herausforderung und eine Chance für sich.

„Es gibt viele, die sich aus Wut für die AfD entscheiden oder in die politische Apathie verabschieden. Für diese Menschen sind wir da, sie müssen auch von der Linken angesprochen werden, wenn wir die Rechten politisch langfristig schlagen wollen. Wir machen keine Politik für Linke, sondern linke Politik für alle.“

Der Antifaschismus der Linken: Hoffnung spenden für die Verzweifelten, damit sie wieder an die Politik glauben

[...]

Der hier angerissene Artikel ist in der aktuellen Nummer 3-26 der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT erschienen und kann dort, wie auch auf der Webseite des Verlages zu Ende gelesen werden.

